

Soldaten ohne Rückhalt

Radikaler Umbau des KSK: Die Verteidigungsministerin setzt einen Eliteverband aufs Spiel

Mathias Wegner

Tiefgreifende Änderungen im Kommando Spezialkräfte (KSK) hat Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer unter massivem medialem Druck angestoßen. Viel war in der letzten Zeit in deutschen Leitmedien zu lesen über Disziplinlosigkeit und „rechtsextremistisches Verhalten“ bei den Kommandosoldaten. Ausführlich wurde über angeblich bei der Verabschiedungsfeier eines Kompaniechefs 2017 geworfene Schweinsköpfe, Hitlergrüße und „Rechtsrockmusik“ berichtet. Ermittler stießen auf eine „Mauer des Schweigens“ und ein fehlgeleitetes Eliteverständnis. Jüngst fand man auch noch ein Sturmgewehr sowie große Mengen Patronen und Sprengstoff bei einem altgedienten Kommandofeldwebel in Sachsen.

Die Ministerin will ihre „Reset-Maßnahmen“ nicht als Strafe gedeutet wissen. Übungstätigkeit und internationale Kooperationen sowie die Beteiligung des KSK an laufenden Operationen werden dennoch bis auf weiteres ausgesetzt. Die 2. Kompanie der Kommandokräfte wird aufgelöst. Die eigene Ausbildungshoheit wird dem KSK entzogen und truppendienstlich dem Ausbildungszentrum Infanterie in Hammelburg, fachlich dem Ausbildungskommando des Heeres übertragen. Führungskräfte sollen sich fortan durch Aufgaben außerhalb der Spezialkräfte sozialisieren.

Das Sicherheitsüberprüfungsgesetz soll um eine intensivere Prüfstufe erweitert werden, um Extremisten schneller zu identifizieren. Zugleich soll das KSK durch veränderte Öffentlichkeitsarbeit transparenter werden, um mehr gesellschaftliche Wertschätzung für das Kommando zu mobilisieren. Die Botschaft lautet: „Seid froh, daß wir das KSK nicht sofort auflösen“, worüber einige im Berliner Bendlerblock wohl bereits nachgedacht haben. Die Ministerin weist an, die Maßnahmen würden, quasi auf Bewährung, zunächst lediglich bis Ende Oktober umgesetzt, danach würde deren Wirksamkeit überprüft. „Wenn Sie Ihr KSK behalten wollen, müssen Sie es besser machen“, so die Ministerin.

Es ist dieses distanzierende „Sie“, das Bände spricht. AKK, so wird sie bereits offiziell in Internetveröffentlichungen des Verteidigungsministeriums genannt, stellt das Kommando Spezialkräfte damit unter Generalverdacht und zum Gruppenschämen in die Ecke. Sie bricht einen selbstinitiierten Adoptionsvorgang mit einem Wesen ab, das sich nie nach ihrer Inobhutnahme sehnte, dessen Herkunft und Ethos sie nicht versteht, dessen Motivation ihr fremd ist und mit dem sie nichts verbindet als der Eid derer, die ihre Befehle umsetzen müssen. Sie wollte dieses Kind, weil es sein mußte,

um den nächsten Karriereschritt gehen zu können – nicht, weil sie auch nur glaubte, es irgendwann lieb gewinnen zu können.

Das Kind indes, geboren 1996, ist erwachsen. Seine Genetik geht auf Generationen von Vorfahren zurück, die erlernt und erlebt hatten, was es braucht und wonach der Auftrag verlangt. Ja: Erwachsene sind nicht ohne Tadel. Und ja: Es ist geboten, dienstrechtlich zu ermitteln, wo Verstöße gegen das Soldatengesetz oder das Wehrstrafgesetz vermutet werden. Dabei sind Art und Schwere von Verstößen jedes einzelnen Soldaten jedoch gesondert zu bewerten. Und natürlich muß strafrechtlich ermittelt werden, wenn einzelne oder Gruppen in relevanter Weise in Erscheinung treten.

Aber: Eine Einheit wie das KSK oder die Armee an sich in Sippenhaftung zu nehmen und öffentlich zu demontieren ist verantwortungslos. Was hier versagt, sind vermutlich einzelne Soldaten, aber gesichert deren gesamte politische Leitung. Wen wollen sie denn im Ministerium als Kommandosoldaten oder als „Staatsbürger in Uniform“? Als Einsatzveteran der Kampftruppe mit Führungserfahrung in Afghanistan hat man ein sehr genaues Bild von Eigenschaften und Motivation derer, die die Flagge auf dem Oberarm tragen. Man braucht sich nichts vorzumachen: Der Typus des Durchschnittsbürgers der „Generation Z“, für den Schwarz-Rot-Gold allenfalls bei der Fußball-WM Anlaß für Besinnung auf vaterländische Verbundenheit ist, wird es nicht sein.

Wer heute dient, insbesondere beim KSK, tut dies im Regelfall, um sich zu beweisen und weil er begriffen hat, daß es ihn braucht, sein Talent, seine Kraft, ja: seinen Patriotismus, um dieses Land, seine Bürger und deren Interessen unter Einsatz seines Lebens zu schützen – unabhängig davon, ob diese konkreten Interessen auch seine eigenen sind. Er hat sich vergegenwärtigt, daß er dem einen Souverän, dem Volk, dem Heimatland dient – vertreten durch das Parlament und die Regierung. Er leistet keinen Eid auf einen Kanzler, einen Bundespräsidenten, einen Minister, einen Koalitionsvertrag oder ein Parteiprogramm. Er schwört dem Volke. Der Soldat geht dabei in Vorleistung, im Vertrauen darauf, daß man seinen Werten und Vorstellungen im großen und ganzen Genüge tut. Er weiß jedoch nicht, wofür konkret man ihn künftig einsetzen wird.

Und aus dieser Unsicherheit heraus wird er immer bestrebt sein, Kameradschaft, Schutz, Orientierung und Vergewisserung bei seinesgleichen zu suchen. Das ist seine letzte Bastion. Es weht auch mal ein rauher Wind. Und dort lernt und singt man auch manche unsinnig pauschal als „rechtsextremistisch“ befundenen, tradierten Soldatenlieder, es geschieht gelegentlich kontrolliertes Dampfablassen bei einer Flasche Schnaps, und ja: Dort fliegt auch mal ein Schweinskopf durch die Luft. Aber am nächsten Tag beim morgendlichen Antreten, da ist wieder Dienst Dienst und Schnaps Schnaps.

So ist das bei Soldaten. Dann ziehen sie wieder los, kämpfen im Gefecht, nehmen Kriegsverbrecher fest und hauen Kameraden im Einsatz raus. Und vielleicht müssen sie eines Tages auch einen von denen rausholen, die gerade zu ihren lautesten Kritikern gehören. Ihnen muß dann, das gebietet der Eid, gleich sein, ob diese sie achten, ihre Traditionen und Werte teilen, ihre Lieder kennen und trauern werden, wenn sie fallen.

Digital ausgelöscht

Soziale Netzwerke: Zensurwelle hält an / Firmen setzen Facebook unter Druck
Michael Paulwitz

Bücherverbrennungen finden in unseren Tagen geräuschlos und auf Knopfdruck statt. Im Zeitalter der Digitalisierung bedarf es keiner lodernden Scheiterhaufen mehr, und es muß auch niemand mühsam bereits verkaufte Druckwerke einsammeln, um ein publizistisches Lebenswerk zu vernichten. Die Löschtaste reicht und alles, was ein Autor in vierzehn Jahren geschrieben und veröffentlicht hat, Tausende Videos, Millionen an Kommentaren und fast eine Million Abonnenten, ist einfach weg.

Der Fall des rechtslibertären Bloggers Stefan Molyneux, dessen Kanal auf der Video-Plattform Youtube Ende Juni über Nacht vom Betreiber gelöscht worden war, ist ein besonders krasses Beispiel neuzeitlicher Zensur, aber keineswegs ein Einzelfall. Twitter zensiert Äußerungen des US-Präsidenten, Nutzerkonten in den sozialen Medien werden aus banalen Anlässen stummgeschaltet oder gesperrt, Netzportale und Streaming-Dienste löschen im großen Stil Benutzerkonten, Diskussionsforen, Kanäle und ganze Gruppen.

Sowohl die Auswahl – es trifft vor allem konservative, rechte und libertäre Stimmen, Gender-Kritiker, EU- und Migrations skeptiker – als auch das Ausmaß der Löschungen und Sperrungen geht weit über das hinaus, was noch durch Vertragsfreiheit und Anwendung eigener Geschäftsbedingungen zu erklären wäre. Es handelt sich um faktische Zensur – politisch erwünscht und privatwirtschaftlich ausgeführt.

Die inhärente und nur schwer zu kontrollierende Rede- und Meinungsfreiheit im Netz ist den links und globalistisch ausgerichteten Eliten und etablierten Meinungshegemonen diesseits und jenseits des Atlantik nicht erst seit gestern ein Dorn im Auge. Spätestens seit dem Jahr 2016, als die Gegenöffentlichkeit im Internet maßgeblich dazu beitrug, daß in ganz Europa Anti-Establishment-Parteien wie die AfD in Deutschland Wahlerfolge feierten und Donald Trump zum Entsetzen der alten Eliten und des „tiefen Staats“ Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wurde, stehen alle Uhren auf Alarm.

Es fehlte seither nicht an Bestrebungen, durch Gesetzgebungen unter dem Vorwand der Bekämpfung von „Haß und Hetze“ die zerbrochenen Meinungsmonopole wieder aufzurichten und auf die digitale Kommunikation im Netz und auf den neuen sozialen Medien auszudehnen. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) und seinen sukzessiven Verschärfungen wurde insbesondere in Deutschland schweres Geschütz aufgeföhren.

Supranationale Vereinbarungen und Richtlinien auf UN- und EU-Ebene wie der UN-„Migrationspakt“, maßgeblich mitgestaltet von globalistischen Lobbygruppen, geben den Takt vor, nationale Gesetze suchen sie in die Tat umzusetzen. Dagegen wehrten sich die Betroffenen oft erfolgreich auf juristischem Wege.

Eine Reihe von Gerichtsurteilen hat klargestellt, daß große Plattformen mit Quasi-Monopolstellung nicht ohne weiteres zu rechtsstaatlich unkontrollierten Helfershelfern politisch gewollter Einschränkungen von Meinungsfreiheit gemacht werden können und sich auch nicht willkürlich auf privatrechtliche Vertragsfreiheit berufen können, wenn sie solchen Begehrlichkeiten nachgeben.

Hinhaltender Widerstand kam aber lange auch von den Plattformen selbst, deren Geschäftsmodell nicht zuletzt auf einer möglichst breiten Teilnehmerbasis beruht, von der gelesen, kommentiert und geteilt wird. Hier haben sich offenkundig in den letzten Wochen und Monaten die Gewichte signifikant verschoben.

Denn es ist eine Sache, wenn Regierungen oder die EU Internetkonzerne mit gesetzlichen Auflagen und Regulierungen zu zensierenden Eingriffen nötigen. Noch schädlicher für ihre Geschäftsmodelle ist die Drohung mit dem Verlust von Werbekunden. Genau darauf zielen Initiativen wie „#StopHateforProfit“, die insbesondere Facebook mit Werbeboykotten zu schärferem Vorgehen gegen nicht-linke Meinungen und Äußerungen nötigen will.

Die kulturmarxistische Linke, mit der militanten „Antifa“ und der linksradikalen Bewegung „Black Lives Matter“ als Speerspitze, rennt auch hier morsche Türen ein. In den letzten Wochen haben sich nach einer Reihe großer US-Unternehmen auch namhafte deutsche Konzerne der Boykott-initiative angeschlossen. Ein kritisches Wort zu den „Antirassismus“-Kundgebungen kann nicht nur Adidas-Vorstände den Job, sondern potentiell jeden Internet-Nutzer die Redefreiheit kosten.

Unter dem konzertierten Zangenangriff von etablierter Politik, Medien-Mainstream, globalistischer Lobby, kulturmarxistischer Linker und internationalen Konzernen steht die Redefreiheit auf verlorenem Posten. Das abermals verschärfte deutsche Gesetz zur Bekämpfung von „Rechtsextremismus und Haßkriminalität“ zeigt den Weg: Linksextreme, islamistische, deutschen- und weißenfeindliche Agitation hat selbst in ihren übelsten Auswüchsen Narrenfreiheit. Freiheitliche und konservative Positionen landen mit Extremisten und veritablen Neonazis in einem Topf, werden als „Haßrede“ moralisch abgestempelt und aus dem nicht mehr offenen Diskurs ausgegrenzt.

Widerspruch wird so im Ansatz erstickt, denn wer will schon riskieren, die „Falschen“ zu verteidigen?

Der Trend ist transatlantisch. Das vereinte Bestreben von altem Establishment und neuen linken Kräften, eine Wiederwahl Donald Trumps mit allen Mitteln zu verhindern, ist der Motor, der Niedergang der pluralistischen Meinungs- und Redefreiheit im Internet auch in Europa und Deutschland der Kollateralschaden. Mit der Freiheit ist es aber wie mit dem Wasser: So sehr man sie auch zu blockieren, einzudämmen, aufzustauen und zurückzuhalten sucht, sie bahnt sich stets von neuem wieder ihren Weg.

Volkes Armee

Bundeswehr II: Die Wehrbeauftragte regt eine Wiedereinführung der Wehrpflicht an / Kritik kommt aus ihrer Partei, Lob von Reservistenverband und AfD

Peter Möller

So hatten sie sich das in der SPD-Führung vermutlich nicht vorgestellt. Kaum ist die dem linken Parteiflügel zuzurechnende Bundestagsabgeordnete Eva Högl auf den Posten der Wehrbeauftragten weggelobt worden, um bei der kommenden Bundestagswahl auf der Berliner Landesliste Platz für verdiente Genossen zu machen, bringt sie rechtzeitig zu Beginn des Sommerlochs die Wiedereinführung der Wehrpflicht ins Spiel.

Die 2011 vom damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) durchgesetzte Aussetzung der Wehrpflicht sei ein „Riesenfehler“ gewesen, hatte Högl am Wochenende den Zeitungen der Funke-Mediengruppe gesagt. Doch dabei ging es der SPD-Politikerin nicht in erster Linie um die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr, sondern um die Diskussion über rechtsextremistische Vorfälle. Schon vor der Entscheidung zur Aussetzung habe es Befürchtungen gegeben, daß sich Rechtsextremismus in einer Berufsarmee stärker entwickle als in einer Wehrpflichtarmee. Es tue der Bundeswehr sehr gut, „wenn ein großer Teil der Gesellschaft eine Zeitlang seinen Dienst leistet“, sagte Högl. „Das erschwert es auch, daß sich Rechtsextremismus in der Truppe breitmacht.“

Dennoch reagierten die SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans äußerst schroff auf den Vorstoß ihrer Genossin: Die Wehrpflicht stehe „nicht im Zusammenhang mit der gefährdeten Demokratiefestigkeit einzelner Bereiche der Bundeswehr, die nie mit Wehrpflichtigen besetzt worden sind“, teilten die beiden am Wochenende mit Blick auf das KSK mit.

Der Präsident des Reservistenverbandes, der Bundestagsabgeordnete Patrick Sensburg (CDU), unterstützte dagegen Högls Vorstoß. „Die Aussetzung der Wehrpflicht war ein Fehler, und ich habe damals deshalb auch dagegen gestimmt“, sagte er dem Handelsblatt. Inzwischen gebe es in Deutschland eine „breite Zustimmung“ für ihre Wiedereinführung beziehungsweise für eine allgemeine Dienstpflicht.

„Sicherheitspolitisch kein Vorteil“

Auch aus der AfD kam Zustimmung. Die Aussetzung der Wehrpflicht sei „ein Kapitalfehler“ gewesen, der die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährde, so der verteidigungspolitische Sprecher Rüdiger Lucassen. „Die Wehrpflicht dient nicht nur der Personalgewinnung und damit der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr, sondern garantiert in der Tat auch eine gesunde Mischung an Soldaten aus allen Schichten und Regionen unseres Volkes. Sie verankert die Streitkräfte in unserer Gesellschaft“.

Als „vollkommen überflüssig“ bezeichnete dagegen die FDP-Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann Högls Vorschlag. Der verteidigungspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Tobias Lindner, warnte davor, daß die Wehrpflicht der Bundeswehr sicherheitspolitisch keinen Vorteil bringen, sondern lediglich massive personelle und finanzielle Ressourcen verschlingen würde.

Für Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) kommt die neue Diskussion über die Wehrpflicht zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Seit der Aussetzung der Wehrpflicht kämpft die Bundeswehr mit Personalsorgen und klagt über eine hohe Abbrecherquote bei den freiwillig Wehrdienstleistenden. Dennoch weiß Kramp-Karrenbauer, daß die Wiedereinführung der Wehrpflicht derzeit politisch nicht durchsetzbar ist. Um die Debatte möglichst schnell wieder abzuwürgen, kündigte sie daher bereits am Wochenende einen Vorstoß für einen neuen Freiwilligendienst in der Bundeswehr an, sozusagen ein freiwilliger Wehrdienst „light“: Die Männer und Frauen sollen ein halbes Jahr eine militärische Grundausbildung durchlaufen und dann ein halbes Jahr heimatnah im Reservedienst eingesetzt werden.

In Berlin heißt es, an dem Konzept mit dem Namen „Dein Jahr für Deutschland“ werde im Verteidigungsministerium bereits seit längerem gearbeitet und es sei bis zum Interview Högls nicht geplant gewesen, den Vorschlag bereits jetzt der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Nun sind die Unruhen halt da

Gewaltanwendung ohne Theorie: Über die Zustände des „molekularen Bürgerkriegs“ ist Deutschland längst hinaus

Felix Dirsch

Die Länder Europas erlebten wie Nordamerika und Japan nach 1945 eine lange Periode von Frieden und Wohlstand. Konzepte vom Weltbürgerkrieg und vom „europäischen Bürgerkrieg“ (Ernst Nolte) erschienen wie Erzählungen aus einer längst vergangenen Zeit. Nicht nur die ökonomische Stabilität machte es vermeintlich plausibel, daß über alle Arten von Konflikten eine Fülle von Theorien vorgelegt wurde, nur nicht über Bürgerkriege, immerhin die „am weitesten verbreitete, charakteristische Form organisierter Gewaltanwendung durch den Menschen“, so der britische Historiker David Armitage.

Hans Magnus Enzensberger veröffentlichte 1993 Gedanken über „Aussichten auf den Bürgerkrieg“. Das bundesrepublikanische Establishment träumte wenige Jahre nach dem Ende des Ostblocks noch von der hegelianisch beeinflussten Wunschvorstellung vom „Ende der Geschichte“ – und das, obwohl der Krieg in Ex-Jugoslawien bereits beängstigende Züge angenommen hatte. Am Rande ging Enzensberger auf die Unruhen von Los Angeles ein. Sie hatten sich an den Freisprüchen von Polizisten entzündet, die sich wohl Gewalt an Farbigen hatten zuschulden kommen lassen. Der Autor differenziert die Revolte stärker als üblich, verortet er doch Plünderungen und Gewaltanwendung vor allem innerhalb der schwarzen Community. Der Gegensatz zwischen Schwarzen und Weißen spielt seiner Meinung nach eine im Vergleich dazu untergeordnete Rolle.

Stuttgart ist nur als Spitze des Eisbergs zu bewerten

Aus heutiger Sicht wirken Enzensbergers Anmerkungen zum Bürgerkrieg ein wenig zeitentrückt. Die Asylproblematik spielt bei ihm kaum eine Rolle. Jedoch gab es schon damals erhebliche Probleme mit größtenteils illegal ins Land gekommenen Migranten.

Über 25 Jahre später hat sich die Situation nicht nur in Deutschland stark zugespitzt. Im Nachbarland Frankreich blickt man gebannt auf die Straßenschlachten, die sich tschetschenische mit nordafrikanischen Banden in Dijon (und nicht nur dort!) liefern. Im verrufenen Stadtteil Duisburg-Marxloh übernehmen arabische Clans halboffiziell die Herrschaft. Immer mehr Straßenzüge werden zu No-go-Areas. Die Zahl solcher Gegenden hat sich in Deutschland in den zurückliegenden Jahren stark erhöht. So sind die jüngsten Ausbrüche von Unruhen in Stuttgart nur als Spitze des Eisbergs zu bewerten. Von der Kölner Silvesternacht 2015/16 bis zu den Krawallen in der Landeshauptstadt Baden-Württembergs kann man einen Bogen staatlichen Kontroll- und Steuerungsverlusts schlagen.

Es wäre wohl juristische Rabulistik, die Anwendbarkeit des Bürgerkriegsbegriffs auf die erwähnten Vorfälle zu bezweifeln. Sicherlich ist ein großer Teil des kriminellen

Mobs in staatsrechtlicher Hinsicht nicht als „Bürger“ zu bezeichnen. Im Bewußtsein des medialen und politischen Establishments sind aber alle Menschen, die hier leben, faktisch und juristisch gleich zu bewerten. Auch Gerichtsurteile ignorieren zum Teil schon seit Jahrzehnten die gemäß Grundgesetz und Staatslehre bestehenden Differenzen zwischen sogenannten Deutschen- und Jedermannsrechten. Demnach ist beispielsweise das Versammlungsrecht nach Artikel 8 Grundgesetz ein Deutschenrecht. Der Zugriff auf die sozialen Füllhörner wird zumeist mit Berufung auf die jedem Erdenbürger zustehende Menschenwürde gewährt.

CIA warnte bereits 2009 vor massiven Konflikten

Wenn man die Intensität solcher innerstaatlichen Auseinandersetzungen betrachtet, so ist es irrelevant, daß ein klar faßbarer Gegner fehlt und man keinen mit Aplomb hingeworfenen Fehdehandschuh findet. Der Stuttgarter Polizeivizepräsident Thomas Berger sprach in einer ersten Stellungnahme zu den Vorfällen von einem „bunten Mix um den Globus“. Besser war wohl die Herkunft eines Teils der Randalierer kaum zu beschreiben.

„Im molekularen Stadium ist der Bürgerkrieg als solcher kaum wahrnehmbar.“ So notierte 2010 der Publizist und JF-Autor Thorsten Hinz in seinem nach zehn Jahren deutlich aktuelleren Essay „Zurüstung zum Bürgerkrieg“. Diese Etappe ist längst vorüber. Es tangiert den innerstaatlichen Rechtsfrieden erheblich, wenn sich nicht primär latente Straftäter aus vormodernen Einwanderungskulturen medial unter Aufsicht gestellt sehen, sondern hauptsächlich Polizisten, wie die omnipräsenten Debatten um angeblich pauschal rassismusanfällige Ordnungshüter belegen.

Die Nebel sind langsam gewichen, wenngleich mancher Frontverlauf noch unklar ist. 2009 versuchte der mittlerweile verstorbene Publizist und Erfolgsautor Udo Ulfkotte in der Schrift „Vorsicht Bürgerkrieg“ seine Thesen mit Rekurs auf einen brisanten CIA-Bericht zu untermauern. Der frühere Chef von NSA und CIA, Michael Hayden, soll angeblich davor gewarnt haben, daß Deutschland im Jahre 2020 von massiven Konflikten heimgesucht werden, ja sogar der Staatszerfall bevorstehen könnte.

Eine derartige Aussage wäre als eine im nachhinein in die richtige Richtung gehende Ahnung einzustufen. So präzise jedoch wollen US-Spitzenbeamte üblicherweise nicht sein. Liest man Haydens einschlägige, 2008 an der Kansas State University gehaltene Rede auf der Netzseite der CIA nach, so thematisierte sie nur allgemein Integrationsprobleme, die durch Migration in Europa entstehen könnten. Die unmittelbaren Erfahrungen der letzten Jahre dürften in Zukunft solche zweifelhaften Bezugnahmen überflüssig machen.

Der aktuelle Bürgerkrieg bestätigt nur die Erfahrung: Die Gegner wissen um dessen Existenz – lange bevor er offiziell so benannt wird.